

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011, Schillerstraße 10, Telefon 1111

Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011, Schillerstraße 10, Telefon 1111

Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011, Schillerstraße 10, Telefon 1111

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Kabinett Laval im Senat gestürzt

Mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben

Paris, 16. Februar. Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senators Peyronnet zur Verhandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Im Senat legte heute nachmittags Innenminister Cathala dem Hause den Wahlgelichtentwurf vor, den die Kammer angenommen hat. Die Verhandlungen wurden von der Linken, namentlich den bürgerlichen Radikalen, mit ironischen Zwischenrufen begleitet. Unmittelbar darauf stellte der Senatspräsident an den Ministerpräsidenten die Frage, wann er die Interpellation des Senators Peyronnet über die allgemeine Politik der Regierung zu beantworten gedenke. Ministerpräsident Laval erklärte, der Senat werde zweifellos der Ansicht sein, daß die Debatte über diese Interpellation vielleicht vertagt werden könnte. In Genuß sei eine allgemeine Diskussion über die Abkräftung im Gange. Die Regierung müßte während dieser Verhandlungen intakt bleiben und ihre ganze Autorität behalten. Die französischen Delegierten hätten gegenüber dem Standpunkt einer auswärtigen Delegation den französischen Standpunkt zu präzisieren. Er schloß deshalb als Verhandlungstag Freitag, den 18. Februar, vor. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärte

Antrag Lavals wurde mit 157 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Regierung ist damit gestürzt.

Präsident Doumer nimmt die Demission an

Paris, 16. Febr. Die Regierung hat um 17.25 Uhr dem Präsidenten der Republik das gemeinsame Demissions schreiben überreicht. Präsident Doumer hat die Demission angenommen und wird noch heute seine Beratungen zur Lösung der Krise aufnehmen, das heißt traditionsgemäß die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen.

Im Senat hatte man den Eindruck, daß viele Senatoren gegen die Regierung gestimmt haben, weil sie noch einmal versuchen wollten, eine Regierung weitestgehender Konzentration zu bilden. Auch in der Kammer vertrat man nach Lavals die Ansicht, daß der Senat durch seine Stimmgabe den Wunsch habe bekunden wollen, eine Änderung zwischen den verschiedenen republikanischen Kammerfraktionen zu ermöglichen.

In den Verhandlungen der Kammer wurden für die Regierungsbildung in erster Linie die Senatoren Paul Boncour, Louis Barthou und Albert Sarraut genannt. Ministerpräsident Laval teilte heute abend mit, daß Kriegsminister Tardieu Genf verlassen und am Freitag in Paris eintrifften werde.

Die zuverlässigsten verlautet, wird Ortand bei dieser Kabinetskrise keine Rolle spielen, da sein Gesundheitszustand es ihm jetzt nicht erlaube, aktiv hervorzutreten.

Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung in der Einzelberatung des Budgets die Budgetmittel über die öffentliche Gesundheitspflege angenommen und sich anschließend der Ministerkrise sodann auf unbestimmte Zeit vertagt. Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Beharrlichkeit feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genuß auf dem Spiele ständen, die Verantwortung übernommen habe, das Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Lavals Ende

Der Sturz der französischen Regierung mit Laval an der Spitze und Tardieu als stärkstem Exponenten kam plötzlich, aber doch nicht unerwartet. Schon seit Tagen war in Paris auf eine solche Möglichkeit hingedeutet worden, und die Propheten haben recht behalten. Für uns in Deutschland ist es bei der Beurteilung der dadurch herbeigeführten Lage von Bedeutung, daß es keine Frage der Außenpolitik, insbesondere keine mit den deutsch-französischen Beziehungen zusammenhängende ist, die zu dieser Enttöschung des Senats geführt hat. Es entbehrt nicht des Neizes, daß im Gegenteil nur innerpolitische Angelegenheiten zur Entscheidung standen und daß Laval gerade über den Versuch gestolpert ist, sie auf das für jede französische Regierung rettende außenpolitische Gleis zu schieben. Als alter parlamentarischer Routinier hatte Laval längst Unheil gewillt. Er wußte, daß ihm der Senat, der in seiner Zusammensetzung mehr nach links neigt als die Kammer, nicht mehr genügen war, weil er sich als Ministerpräsident in der Führung der Regierungsgeschäfte je länger, desto mehr als der willkürliche Gefangene seiner rechtsorientierten Kammermehrheit erwies. In dieser Verlegenheit versuchte Laval den altbewährten ausländischen Dreh. Um von der vorliegenden Interpellation über seine Innen- und Wirtschaftspolitik abzulenken, wies er auf die demnachst in Genuß zu erwartenden deutschen Abkräftungsversuche hin. Hierdurch hoffte er Gelegenheit zu finden, die Diskussion zu verlagern: sie vom innen- auf das außenpolitische Gebiet abzulenken und jenes Lieblingsstigma zu schaffen, das ja leider bei der Mentalität, die in Frankreich herrscht, leicht verläßt, wenn nämlich eine Frage in den Vordergrund gehoben wird, die mit Deutschland in Beziehung steht. Die Senatoren haben sich auf diesen Vorschlag nicht eingelassen, sie scheinen über Lavals Wanderverträglichkeit gewesen zu sein und haben ihm mitsamt seinem Kabinett den Laufpaß gegeben.

Die wirklichen Gründe liegen viel tiefer, als es in der kurzen, aber verhängnisvollen Geschäftsordnungsdebatte zum Ausdruck gekommen ist. Es hat sich nämlich nicht darum gehandelt, ob die umstrittene Interpellation über die allgemeine Politik ein paar Tage früher oder später beantwortet wurde. Es war vielmehr die lange verhaltene Unzufriedenheit des Senats, die zum Ausbruch kam. Den letzten Anstoß dafür hat die von der Reichsmehrheit der Kammer unter Obstruktion der Linken angenommene Wahlrechtsreform gegeben, die auf Abschaffung des Stichwahlsystems und Einführung des Frauenwahlrechts abzielte. Man machte Laval und seinen Ministern den Vorwurf, daß sie mit diesen einschneidenden Veränderungen einseitig die Parteilichkeiten der Rechten zu fördern versuchten. Die Überlegungen des Senats, der fest entschlossen war, eine solche Reform zu verhindern, gingen aber noch weiter. Ihm schwebte seit jeher als Ideal einer Regierung für Frankreich eine Konzentrationsregierung vor, also ungefähr das, was wir die Große Koalition nennen würden. Weil eine solche unter der Herrschaft der gegenwärtigen Kammer nicht zustande kam, war sie im Oberhaus von jeher unbeliebt. Aus diesem Grunde hatte der Senat ja auch schon das Rechtskabinett Tardieu gestürzt, ohne freilich seinen Willen durchsetzen zu können, weil sich jede andere Kombination als lebensunfähig erwies. Auf jeden Fall wollte der Senat aber bei dieser Gelegenheit verhindern, daß durch die Wirkung der Wahlrechtsreform die Möglichkeit einer Konzentrationsregierung auch für die Zukunft verbaut würde. Zum mindesten durfte das neue Wahlsystem bei den kommenden Wahlen im Frühjahr noch nicht in Kraft sein. Darum mußte Laval gehen.

Anderer Gründe der Unzufriedenheit kamen dazu. Sie haben wohl mit der Finanzpolitik, aber nicht mit Lavals verfehlter Reparationspolitik zu tun. Man hat bemängelt, daß er keine Initiativen gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise entfaltet hat, die sich allmählich auch in Frankreich fühlbar macht. Statt der kommenden Entwicklung vorzubeugen, ist die Regierung im Hinblick auf eine günstige Wahlstimme im Volk sehr freigebig mit Bewilligungen aus dem Staatsfiskus verfahren, ohne Rücksicht darauf, daß das Budget des nächsten Jahres, für das sie nicht mehr die Verantwortung zu tragen haben wird, darunter leidet. Alles, was in der französischen Politik geschah, und noch mehr, was nicht geschah, stand unter dem Gesichtswinkel der gescheiterten Wahlentscheidung. Den Parlamentariern waren die Sorgen um ihre Wiederwahl wichtiger als die Sorgen des Landes. Und Laval, nach außen energisch und zäh, hat sich in der Innenpolitik treiben lassen, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Parteien seinen Führerwillen aufzuzwingen. Diese Passivität ging sogar so weit, daß er sich aus Anlaß irgendwem im Parlament anzuheben, nicht dazu aufraffen konnte, den Wahltermin festzusetzen. Ursprünglich war der April in Aussicht genommen. Aber dann demerzte die Rechte, daß auf diese Weise die französischen Wahlen vor die voreiligen in Italien würden, und das war ihr unannehmlich. Sie hoffte ihre eigenen, nicht allzu glänzlichen Aussichten verbessern zu können, wenn es möglich wäre, nach dem mit

Der Völkerbund mahnt Japan zur Mäßigung

Deutsche Zweifel am Erfolg

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 16. Februar. Die Nachmittagsberatung der zwölf Mächte — ohne Japan und China — war erst gegen Abend beendet. Es wurde eine Entschließung gefaßt, die noch heute abend dem Staatsvertreter Japans, Satō, ausgestellt werden wird. Der Wortlaut soll erst morgen früh veröffentlicht werden, doch erzählt man über den Inhalt schon das Wichtigste. Danach wird Japan, wie schon gemeldet, nochmals bekehrt, sich vom Geist der Mäßigung und der Gerechtigkeit leiten zu lassen. Gleichzeitig wird an die Würde Japans als Weltmacht appelliert.

ob diese erhoffte psychologische und politische Wirkung tatsächlich durch den vorliegenden Appell erreicht werden könne, hat sich aber damit der Mitverantwortung nicht entzogen. Dadurch ist in englisch-amerikanischen Kreisen eine ziemliche Aufregung entstanden. Das Gerücht wurde verbreitet, daß Deutschland eine Schwärzung seiner Politik zugunsten Japans vollzogen habe, um diese Weltmacht im Hinblick auf spätere Entscheidungen auf seine Seite zu ziehen.

In Wirklichkeit liegt keine Veränderung der deutschen Politik vor.

Es spricht aber vieles dafür, daß die deutschen Zweifel an der Wirksamkeit dieser neuen Beschwörungsformel sich als berechtigt erweisen werden.

Bei Shanghai Ruhe vor dem Sturm

Wichtiger ist der zweite Teil, in dem klar ausgesprochen sein soll, daß der Rat territoriale Veränderungen oder vollzogene Tatsachen, die dem Artikel 10 der Völkerbundscharte, der gegenseitigen Garantie der Grenzen, widersprechen sollten, nicht anerkennen würde. Dabei wird nicht ausdrücklich gesagt, ob nur Shanghai oder auch die Mandchurerei gemeint ist, woraus es aber sehr anzunehmen ist, daß die letzte Aktion des Rates sich nicht auf Shanghai bezog. Vielleicht hat man hier absichtlich einen Rest von Unsicherheit gelassen. Dieser neue, diesmal einseitige Appell an Japan ist

Shanghai, 16. Februar. Auch am Dienstag kam es außer einigen kleineren Schieberien in Schapel und an der Wufangfront zu keinerlei ernstlichen Zusammenstößen zwischen Chinesen und Japanern. Die Vorbereitungen zu einer großen Offensive und die Befestigung der Stellungen gehen auf beiden Seiten weiter. Die Japaner haben bei Schapel und auf dem freien Gelände außerhalb der Stadt ein ganzes System von Schützengraben angelegt, in die bereits eine große Anzahl von Truppen geleitet worden ist. Auch die Chinesen, von denen behauptet wird, daß sie von deutschen Beratern unterstützt werden, treffen fleißig Verteidigungsmaßnahmen und haben eine große Menge von Maschinengewehren ausgebaut.

Im Gebiet der Bahn Hanking—Shanghai ziehen sich fünf chinesische Armeekorps unter dem Oberbefehl General Fung zusammen.

Es ist möglich, daß die Japaner sich einer Gesamtzahl von 100 000 Mann chinesischer Truppen gegenübersehen, wenn sie die Feindeslängeln auf das Gelände westlich von Shanghai ausdehnen, vorausgesetzt, daß die chinesischen Verstärkungsstruppen sich dahin aneignen lassen.

rechtlich kein offizieller Ratbeschluß, sondern nur eine Mahnung des Völkerbundes im Namen seiner elf Mitgliedsstaaten. Welche „Freiheiten“ spielen hier eine Rolle? Der politische Grundgedanke dieses neuen Schrittes, der bekanntlich auf angelegentlichem Wunsch hin erfolgt ist, soll in der Überzeugung liegen, daß auch in Japan eine bestimmte Richtung die allererste Unternehmung in Shanghai mitteilt. Diese Bewegung soll durch diesen Appell gefördert werden. Wie man hört, hat der Vertreter Deutschlands während der Verhandlungen Zweifel geäußert,

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.